

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Benjamin Strasser, Konstantin Kuhle, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

– Drucksache 19/7424 –

Terrorismus effektiv bekämpfen, Verantwortlichkeiten klären – Einsetzung einer Kommission zur Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur – Föderalismuskommission III

A. Problem

Die föderale Sicherheitsarchitektur Deutschlands kommt nach Auffassung der Fraktion der FDP angesichts neuartiger Bedrohungslagen an ihre Grenzen. Es fehlt an effizient geordneten Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der über 40 Behörden, die in Fragen der Inneren Sicherheit und der Terrorismusabwehr beteiligt sind. Zu oft sind zu viele Behörden zuständig, im Zweifel fühlt sich aber niemand verantwortlich.

Die Fraktion der FDP fordert daher die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur, die Reformvorschläge mit dem Ziel, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern im Sicherheitsbereich zu verbessern, die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen sowie die Zweckmäßigkeit und Effizienz der Aufgabenerfüllung zu steigern, bis zum 31. Dezember 2020 erarbeiten soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/7424 abzulehnen.

Berlin, den 13. November 2019

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Armin Schuster (Weil am Rhein)
Berichterstatter

Uli Grötsch
Berichterstatter

Martin Hess
Berichterstatter

Benjamin Strasser
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Armin Schuster (Weil am Rhein), Uli Grötsch, Martin Hess, Benjamin Strasser, Ulla Jelpke und Dr. Irene Mihalic**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 19/7424** wurde in der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Februar 2019 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 64. Sitzung am 23. Oktober 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7424 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 13. November 2019 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7424 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 13. November 2019

Armin Schuster (Weil am Rhein)
Berichtersteller

Uli Grötsch
Berichtersteller

Martin Hess
Berichtersteller

Benjamin Strasser
Berichtersteller

Ulla Jelpke
Berichterstatteerin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatteerin

